Einnahmen der Krankenhäuser in Niedersachsen brechen ein – NKG und NLT fordern Hilfe vom Bund

25. Februar 2021

Einnahmen der Krankenhäuser in Niedersachsen brechen ein – NKG und NLT fordern Hilfe vom Bund

135 Mio. Euro Erlösrückgang allein im Januar - Ergebnisse einer aktuellen Umfrage belegen, dass der Rettungsschirm des Bundes nicht funktioniert

Hannover. Die Krankenhäuser in Niedersachsen geraten durch die Corona-Pandemie wirtschaftlich in eine zunehmend bedrohliche Lage. Allein im Januar 2021 mussten die Kliniken Erlösausfälle in Höhe von rund 135 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahresmonat hinnehmen. Das hat die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG) in einer aktuellen Umfrage ermittelt. Die Kliniken verzeichneten demnach im Januar durchschnittliche Erlösrückgänge in Höhe von rund 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Belegung in den Krankenhäusern ging im ersten Monat des Jahres um ein Fünftel zurück. Für das gesamte Jahr 2021 erwarten die niedersächsischen Krankenhäuser im Vergleich zum Referenzjahr 2019 einen Belegungsrückgang in Höhe von rund 16 Prozent, sodass weitere Verluste in beträchtlichem Umfang zu erwarten sind.

Den Erlösrückgängen der niedersächsischen Krankenhäuser stehen Ausgleichzahlungen aus dem derzeitigen Rettungsschirm des Bundes gegenüber, die im Januar lediglich 46 Prozent der Ausfälle kompensiert haben. „Dass über einen sogenannten Krankenhaus-Rettungsschirm weniger als die Hälfte der Einnahmeausfälle der Kliniken abgedeckt werden, ist in keinster Weise nachvollziehbar. Ohne wesentliche Nachbesserungen laufen die Krankenhäuser auf massive wirtschaftliche Probleme zu“, macht Dr. Hans-Heinrich Aldag, Vorsitzender der NKG, mit Blick auf die Ergebnisse der Umfrage deutlich.

Auch die für die Sicherstellung der Krankenhausversorgung in der Verantwortung stehenden Landkreise und die Region Hannover sehen die Entwicklung mit größter Sorge. „Die derzeitige Unterstützung der Krankenhäuser durch den Bund ist selektiv und unzureichend. Sie orientiert sich an nicht nachvollziehbaren Kriterien und gefährdet den Bestand einer flächendeckenden Krankenhausversorgung. Bleibt der Bund bei seiner bisherigen Haltung, verantwortet er, dass die Krankenhäuser in der Pandemie von Helfern zu Opfern werden. Das ist nicht akzeptabel. Wir erwarten deshalb von der Bundesregierung umgehend wirksame Maßnahmen“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Landkreistages (NLT), Hubert Meyer, nach einer Sitzung des Gesundheitsausschusses des kommunalen Spitzenverbandes.

Aus Sicht von NKG und des NLT ist es kein tragfähiger Lösungsansatz, die Regelungen des Rettungsschirms einfach bis in den April hinein zu verlängern, so wie es das Bundesgesundheitsministerium in einem Verordnungsentwurf vorgesehen hat. Nach den gegenwärtigen Vorgaben des Bundes haben viele Krankenhäuser auch dann keinen Anspruch auf finanzielle Unterstützung, wenn sie COVID-19-Patienten versorgen. Und selbst die bislang unzureichenden Ausgleichszahlungen werden bei zahlreichen Krankenhäusern in Kürze auslaufen, da der Inzidenzwert in

vielen Kreisen in Niedersachsen inzwischen unterhalb von 70 liegt. Die Belastung der Kliniken dauert jedoch an und die Belegung der Intensivstationen bewegt sich nach wie vor auf einem hohen Niveau.

Aufgrund der massiven zweiten Welle der Corona-Pandemie haben viele Krankenhäuser ihren Betrieb auf einen Krisenmodus umgestellt und Behandlungen zurückfahren. Zudem verzichten viele Patienten auf einen planbaren, aber mittelfristig notwendigen Klinikaufenthalt. In der Folge verzeichnen die Kliniken erhebliche Erlösausfälle, während gleichzeitig hohe Mehrkosten für den Infektionsschutz aufzuwenden sind. Von diesem Problem sind grundsätzlich alle Krankenhäuser betroffen. Ein Ende dieser Entwicklung ist trotz derzeit sinkender Infektionszahlen nicht abzusehen.

„Die Krankenhäuser spielen eine zentrale Rolle in der Pandemiebekämpfung. Es kann nicht sein, dass sie jetzt mit den wirtschaftlichen Folgen allein gelassen werden“, ergänzt NKG-Verbandsdirektor Helge Engelke. „In der Krise benötigen die Kliniken Verlässlichkeit und eine wirtschaftliche Perspektive für das gesamte Jahr 2021. Dazu gehört jetzt die feste Zusage der Politik für einen echten Rettungsschirm“, so Engelke weiter.

„Zur kurzfristigen Existenzsicherung sind Liquiditätshilfen für alle Krankenhäuser erforderlich, unabhängig von bisherigen Kriterien wie Notfallstufen, Inzidenzen und Intensivauslastungen. Zudem muss die Budgetabsicherung der Kliniken 2021 über einen Ganzjahresausgleich gewährleistet werden. Auf diese Weise kann auch sichergestellt werden, dass die Krankenhäuser eventuell zu viel gezahlte Liquiditätshilfen später zurückzahlen“, forderten Engelke und Meyer übereinstimmend.

Zur Umfrage: An der aktuellen Befragung der NKG zur wirtschaftlichen Situation haben sich 112 der 171 niedersächsischen Krankenhäuser beteiligt. Diese Kliniken stehen für rund 69 Prozent der Krankenhausplanbetten im Land.

Rücklaufquote der Umfrage (gemessen an der Zahl der Planbetten)	68,80 %
Erlösrückgänge im Bereich der stationären Versorgung im Januar 2021 ggü. Januar 2020 (Hochrechnung für Niedersachsen)	116,5 Mio. Euro (entspricht 19,52 %)
Erlösrückgänge in sonstigen Bereichen (ambulante Leistungen, Wahlleistungen usw.) im Januar 2021 ggü. Januar 2020 (Hochrechnung für Niedersachsen)	18,35 Mio. Euro (entspricht 23,55 %)
Erlösrückgang gesamt Januar 2021 ggü. Januar 2020 (hochgerechnet)	134,85 Mio. Euro
Rückgang der Belegung im Januar 2021 ggü. Januar 2020	19,58 %
Erwarteter Rückgang der Belegung für das Gesamtjahr 2021 ggü. 2019	15,82 %

Deckungsgrad erhaltene Ausgleichszahlungen vs. Erlösrückgänge der niedersächsischen Krankenhäuser im Januar 2021	46,34 %

Weitere Informationen:

- Helge Engelke, Verbandsdirektor der NKG (0511 / 307 63 0)

- Piet Schucht, Pressesprecher der NKG (0511 / 307 63 19), schucht@nkgev.de
- Stephan Meyn, Ansprechpartner für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des NLT (0511 / 87953-18), meyn@nlt.de

Pressemitteilung vom 25.02.2021 (Word-Format) (90,7 kB)

Pressemitteilung vom 25.02.2021 (PDF-Format) (240,3 kB)